

„Mehr Freiheit wagen“? – Entstaatlichung, Pluralisierung und Privatisierung als „Gebote der Stunde“ in den 1970er und 1980er Jahren

Die Regierungserklärung Willy Brandts am 28. Oktober 1969 mit seinem vielzitierten Versprechen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen wird gemeinhin als Meilenstein deutscher Demokratiegeschichte gesehen, der den Aufbruch zu einem moderneren Deutschland signalisiert habe. Für den Soziologen und Zeitdiagnostiker Helmut Schelsky signalisierte die Brandt'sche Formel indes vielmehr den „linken Wunsch“ nach einer „Systemüberwindung“. Was konnte falsch daran sein, mehr Demokratie einzufordern? Schelsky verstand es wie kaum ein anderer, seine Attacke auf den Kanzler und die gesamte Ausrichtung der sozialliberalen Koalition medial zu verbreiten, so dass nicht nur deutsche, sondern auch internationale Leitmedien seine Warnungen vor einer sozialliberalen „Demokratisierung“ veröffentlichten und der Beck Verlag einen Bestseller daraus machte. Für ihn bedeutete Brandts Ausspruch das Signal zu „weniger Rationalität“, „bloßer Umverteilung“ und angesichts der bereits wahrnehmbaren Medialisierung der politischen Landschaft noch größere Ehrfurcht vor Partikularinteressen, eine Explosion der Staatsausgaben und letztlich eine demokratische Sackgasse, die sogar in das Gegenteil von Demokratie und Gewaltenteilung führen konnte. In seiner polemischen Attacke, deren Argumente auch der Bundestag debattierte und der Kieler Finanzminister, Hans Hellmuth Quaken (parteilos) als Positionspapier an alle Dienststellen verteilen ließ, beschrieb Schelsky bereits Anfang der 1970er Jahre seine große Skepsis nicht nur gegenüber dem Credo der Globalsteuerung, sondern auch gegenüber der Politikfähigkeit generell in einer Zeit, in der sich die sogenannte mediale Doppelstruktur demokratischer Politik (Andreas Wirsching) Bahn brechen sollte. Folgerichtig hatte er, ähnlich übrigens wie Wilhelm Hennis zu gleicher Zeit dem „mehr an Demokratie“ ein „mehr an Freiheit“ gegenübergestellt, mehr Selbstbestimmung, mehr Verantwortung und weniger Staat.

Eine Dekade später verkündete eine andere Regierungserklärung, dass man zukünftig „weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zu persönlicher Leistung, weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“ gehen wolle.

Auch wenn der Wende-Elan für viele bereits Mitte der 1980er Jahre verpufft zu sein schien und man wohl auch nicht von einer „neoliberalen Gegenrevolution“, sprechen kann, wie dies zumindest einige heutige Beobachtungen im Zuge der noch immer schwelenden Finanzkrise implizieren, so scheint es jedoch zu kurz gegriffen und voreilig, die Bereitschaft zu strukturellen ordnungspolitischen Reformen lediglich als nachholende Modernisierung im Stile Reagans oder Thatchers oder auf äußeren Druck, namentlich der internationalen Märkte und der Europäischen Gemeinschaft zurückzuführen. Die Zeitgenossen sprachen vielmehr von einer „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ (Kurt Biedenkopf), von einer neuen Vergewisserung moderner Staatlichkeit bzw. einer permanenten Überprüfung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft (Sachverständigenrat 1975). Während die „geistig-moralische Wende“ weitgehend ausblieb, bedeutete die von zahlreichen Publikationen geforderte „Schlankheitskur für den Staat“ sowie die in diesem Sinne eingeschlagenen Privatisierungs- und

Deregulierungsmaßnahmen gleichwohl einen nachhaltigen Kurswechsel. Dass dieser kürzer griff als zunächst beabsichtigt, scheint dabei, so eine Arbeitshypothese, doch eher mit der Komplexität der konservativ-liberalen Gemengelage, der genannten unterschiedlichen Richtungen in Wirtschaftsfragen, der gemeinschaftlichen Konsensfindung, der medialen Doppelstruktur demokratischer Politik wie auch den föderalen Wirtschaftsstrukturen inklusive der bekannten Veto-Spieler geschuldet zu sein.

Das Forschungsprojekt zielt auf eine erstmals quellengesättigte Untersuchung der Entstaatlichung als politisches Zielprojekt und Ordnungsmodell und schließt damit in gewisser Weise an die Studie Tim Schanetzky über „Die große Ernüchterung“ über das Ende der Planbarkeit aus der entgegengesetzten Blickrichtung an. M.a.W. geht es nicht um eine Geschichte des Scheiterns, sondern um die dynamische Suche nach Alternativen und einer modernen Staatlichkeit vom Sicherheitsstaat zum Wettbewerbsstaat. Es geht dabei aber, sowohl was den zeitlichen Betrachtungswinkel (über 1982), die Ebene der Akteure als auch die archivalische Grundlage angeht, darüber hinaus. Ziel ist es, den gerade auch im bürgerlichen Lager durchaus kontrovers diskutierten Wende-Diskurs zum einen in die allgemeine publizistische Debatte über Staatlichkeit und vermeintlicher „Unregierbarkeit“ (Claus Offe/Wilhelm Hennis) zu stellen (1. Teil) und zum anderen die daraus folgenden bürgerlichen Konzepte der Entstaatlichung, Deregulierung, Pluralisierung und Privatisierung (2. Teil) in ihrer praktischen Anwendung in den 1980er Jahren erstmals historisierend zu überprüfen (3. Teil). Den Abschluss (4. Teil) soll ein Ausblick auf das Experimentierfeld der Privatisierung in den neuen Bundesländern bis Mitte der 1990er Jahre bilden.